

Volksmotion | Kanton Schaffhausen

«für eine zeitgemässe und gut aufgestellte Schaffhauser Polizei – Prüfung einer Erhöhung der Stellenpensen in allen Abteilungen»

- Analyse Personalbedarf:** Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Bedarfsanalyse für die Stellenpensen des Korps der Schaffhauser Polizei durchzuführen, um die heutigen und mittelfristigen Anforderungen von Gesellschaft und Recht erfüllen zu können.
- Anpassung Personalbestand:** Gestützt auf die Ergebnisse der Bedarfsanalyse soll der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag zur Stellenanpassung unterbreiten (Anpassung des *Beschlusses über den Personalbestand der Schaffhauser Polizei*^[SHR 354.110]).

Begründung

Die letzte grosse Anpassung des Personalbestands der Schaffhauser Polizei stammt aus dem Jahr 2004 (nach der Zusammenlegung der kantonalen und kommunalen Polizeien), als der Bestand auf 180 Stellen festgelegt wurde. Seither ist die Bevölkerung des Kantons Schaffhausen stark angewachsen, um fast 15 000 Personen (+ 20.2 %). Alleine um mit diesem Wachstum mitzuhalten und die Polizeidichte nur beizubehalten, hätte das Korps seither um 36 Stellen erhöht werden müssen. Nicht eingerechnet sind hierbei die etlichen weiteren Aufgabenfelder, welche der Polizei seither von Gesellschaft und Recht auferlegt worden sind.

Immerhin wurde die Schaffhauser Polizei im Jahr 2022 erstmals nach über 18 Jahren um 20 Stellen aufgestockt – dies aufgrund der guten parteiübergreifenden Zusammenarbeit im Parlament und einer effektiven Vorlage des Regierungsrats. So weit, so gut.

Grosser Mehraufwand durch zusätzliche Aufgabenfelder

Jedoch wird nun das neu rekrutierte und ausgebildete Personal primär in der polizeilichen Grundversorgung (Einsatzpolizei) eingesetzt; es entspricht etwa drei Patrouillen, die je zu zweit einen 24 Stunden-Betrieb abdecken.

Aussen vor gelassen wurden damals alle weiteren Abteilungen und Funktionen der Polizei, insbesondere die sogenannte Spezialversorgung: Dazu gehören die Kriminal-, Sicherheits- und Regionalpolizei mit ihren Landstationen von Beringen bis Stein am Rhein. Deren Aufgabenfelder sind äusserst vielschichtig und gehen von Wirtschaftskriminalität über Cybercrime, Drogenhandel und Geldwäscherei, schwere Körperverletzung und Raub, Menschenhandel, Zwangsprostitution und häusliche Gewalt, bis hin zu schweren Sexualdelikten, Pädokriminalität und Terrorismus.

Weitere Teile der Polizei, wie bspw. die Logistik, ICT und Instruktion sind infolgedessen ebenfalls betroffen. Das Bevölkerungswachstum und die moderne Kommunikationstechnologie haben so dazu beigetragen, dass sich die Last der eingehenden Anrufe bei der Einsatz- und Verkehrsleitzentrale alleine in den Jahren 2010–2019 mehr als

verdoppelt hat. Nebst solchen neuen und gewandelten Ausprägungen der Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, bringt auch das übergeordnete, nationale und internationale Recht zusehends Mehraufwand. Erwähnt seien exemplarisch die überarbeitete Schweizer Strafprozessordnung oder das neue Sexualstrafrecht.

Sicherheitslage droht mittelfristig zu verschlechtern

Solche Bestrebungen und Verschärfungen hin zu weniger Täterschutz und mehr Repression bei sexueller Gewalt sind von Gesellschaft und Gesetzgeber so gewollt. Sie werden von der Polizei selbstverständlich anerkannt und umgesetzt – führen aber zu erheblichem Mehraufwand.

Ein anderes Beispiel sind die strafprozessualen Einvernahmen und die stark ausgedehnten Rechte der Beschuldigten. Gerade im Kanton Schaffhausen werden Einvernahmen nicht nur durch die Staatsanwaltschaft durchgeführt, sondern zusehends häufiger an Angehörige der Polizei delegiert.

Unter dem Eindruck der hier beispielhaft aufgeführten Themen ist die öffentliche Sicherheit trotz steigender Arbeitslast zwar weiterhin gewährleistet, sie leidet jedoch zusehends darunter. Werden heute keine weiteren Schritte veranlasst, so ist mittelfristig mit einer verschlechterten Sicherheitslage zu rechnen. Bereits heute muss die Schaffhauser Polizei leider in regelmässigen Abständen Verzichtsplanungen vornehmen. Bald können weitere Aufgabenfelder nicht mehr so ausgeführt werden, wie es Gesetzgeber (Kantonsrat) und die Bevölkerung eigentlich verlangen.

Bedarfsanalyse und Anpassung Personalbestand gefordert

Der Schaffhauser Polizeibeamtenverband fordert daher mit dieser Volksmotion die Politik auf, zunächst eine ergebnisoffene Bedarfsanalyse für die notwendigen Stellenpensen durchzuführen. Dabei sollen sämtliche Bereiche aller Abteilungen der Schaffhauser Polizei durchleuchtet werden. Fussend auf den Ergebnissen dieser Bedarfsabklärungen sei schliesslich der Korpsbestand den heute und morgen notwendigen Anforderungen anzupassen.

Erstunterzeichner/innen (Mitglieder Vorstand Polizeibeamtenverband Schaffhausen):

Nicole Göldi, Raffael Gerster, Georgette Eggenschwiler, Guy Surbeck, Christoph Kubli, Michael Deiss, Rebecca Violi, Matthias Wegmann und Patrick Portmann.

und weitere 623 Unterschriften